

Sofort Gefangene freilassen und Repressionen in Belarus beenden!

Fraktionsbeschluss 12. Januar 2011

Die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen fordert den amtierenden belarussischen Präsidenten Lukaschenka auf, sofort die seit den Wahlen vom 19. Dezember verhafteten Oppositionellen freizulassen und die Repressionen gegen die Zivilgesellschaft zu beenden.

Vor unseren Augen spielt sich ein politisches und menschliches Drama ab, das Europa nicht ungerührt lassen kann. Es braucht rasches und entschlossenes politisches Handeln, um Menschen zu schützen und Weißrussland vor einer finsternen Diktatur zu bewahren.

Die brutale Niederschlagung von Protestdemonstrationen gegen Wahlfälschungen der Regierung, die Massenverhaftungen und die Verfolgung der gesamten unabhängigen Zivilgesellschaft in Belarus sprechen den Werten Hohn, auf die sich die Europäische Union, der Europarat und die OSZE verpflichtet haben. Konsequenterweise ließ Lukschenka auch das seit 1998 bestehende Büro der OSZE in Minsk schließen.

Das ist die Bilanz einer Präsidentschaftswahl, die im Vorfeld von OSZE und EU als „Schritt in die richtige Richtung“ bewertet worden war. Tatsächlich hatte es Anzeichen für eine begrenzte Öffnung des Regimes gegeben. Doch schon der Verlauf der Wahlen bewies das Gegenteil. Die OSZE-Wahlbeobachter kritisierten erhebliche Abweichungen von den Standards demokratischer Wahlen.

Nachdem die Auszählung der Wahlstimmen erfolgt war und die Regierung einen 80-Prozent-Sieg Lukaschenkas verkündete, zogen Zehntausende vor das Parlament. Alle oppositionellen Kandidaten hatten ausdrücklich zu friedlichen Protesten aufgerufen. Gewalt konnte nur den Machthabern nutzen. Die Handvoll Provokateure, die die Scheiben des Parlamentsgebäudes einwarfen, wurden nie verhaftet, statt dessen 700 friedliche Demonstranten und sämtliche Präsidentschaftskandidaten der Opposition.

Von sieben oppositionellen Präsidentschaftskandidaten sind noch immer vier in KGB-Untersuchungshaft. Alexej Michalewitsch, Andrej Sannikow, Nikolaj Statkewitsch, Wladimir Neklajew und drei weitere, derzeit auf freiem Fuß befindliche Präsidentschaftskandidaten sind wegen Aufrufs zu Unruhen angeklagt. Das Höchststrafmaß beträgt 15 Jahre. Zwei von ihnen sind schon zuvor schwer verletzt worden. Es ist damit zu rechnen, dass sie misshandelt werden. Der Zugang für Anwälte oder Angehörige wird weitgehend verwehrt, so dass verlässliche Angaben über ihren Zustand kaum möglich sind. Die Büros vieler zivilgesellschaftlicher Gruppen und der letzten unabhängigen Medien wurden durchsucht, häufig auch geschlossen.

Das alles deutet darauf hin, dass die Opposition zerschlagen und ihre Repräsentanten aus dem Weg geräumt werden sollen. Für die Gefangenen besteht Gefahr für Leib und Leben. Schon in den Jahren 1999 und 2000 verschwanden vier Menschen spurlos, die sich dem Präsidenten entgegengestellt hatten.

Wir fordern Bundesregierung, Europäische Union und die OSZE auf, sich in jeder geeigneten Form für die sofortige Freilassung der Verhafteten einzusetzen. Darüber hinaus muss endlich die restriktive Position der EU zur Visafreiheit für Belarus aufgegeben werden. Verfolgte müssen fliehen, alle müssen reisen können. Die Betroffenen in Belarus dürfen nicht lweiterhin Geiseln des Diktators bleiben. Umgekehrt muss ein Einreiseverbot in die EU für die Verantwortlichen für die brutalen Repressionen verhängt werden.

Ohne Freilassung der politischen Gefangenen und Wiederherstellung der grundlegenden Bürgerrechte im Land kann es kein Zurück zur Politik des Dialogs mit dem Regime Lukaschenka geben. Solange muss die Regierungszusammenarbeit im Rahmen der „Eastern Partnership“ der EU eingefroren, IWF-Kredite dürfen nicht ausgezahlt werden. Die EU ist der wichtigste Handelspartner für Weißrussland, darin liegt ein effektives Druckpotential gegenüber dem Diktator.

Gleichzeitig muss alles getan werden, um die Lage der Häftlinge zu verbessern, ihre Freilassung zu erwirken, die politische Opposition und die unabhängigen Nichtregierungsorganisationen in Belarus zu unterstützen.

Wir fordern die Bundesregierung und die EU-Kommission auf, kurzfristig Mittel zur Unterstützung der belarussischen Opposition zur Verfügung zu stellen.